

LAG

3/90

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN

Den Menschen eine Person
 Landesarbeitsgemeinschaft besucht Rüdiger
Auf dem Ende des Warenkorbs wird
für viele Sozialhilfeempfänger teuer
 Betroffene nach der Neuregelung verbittert / Landesarbeitsgemeinschaft prüft juristische Möglichkeiten
 Soziale Brennpunkte: Erfahrungsaustausch, Sozialhilferegelsätze, "Rockmobil" für die sozialen Brennpunkte, Musik ist wichtig für Sozial- und Jugendarbeit
MUSIK
Aufstellen von Containern
 LAG: Der Bund ist bei der Beseitigung der Wohnungsnot gefordert
Neue sind „ungerecht“
 Für soziale Gruppen
Kein Armut und Erwerbslosigkeit von Frauen bald überwinden
 Tagung der Arbeitsgemeinschaft sozialer Brennpunkte
Ausbau der »Hilfe zur Arbeit« notwendig
 DARMSTADT
 Kein "Rockmobil" macht's möglich
 beim Arbeiter Jugendhaus „Messeler Straße“
Leise und laute Lieder von Leuten ohne Lobby
 Musikbands aus sozialen Brennpunkten stellten sich mit Studioaufnahmen vor - Kultur „von unten“ ist möglich
 Protest gegen neue Regelsätze
krastischeren Ausmaß

SCHWERPUNKT: INTERESSENVERTRETUNG

INHALT

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Ausgabe der LAG-Zeitung hat ihren unübersehbaren Schwerpunkt in der Berichterstattung über Dinge, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der LAG-Geschäftsstelle stehen. Dies hat seine Ursache zum einen darin, daß während bzw. nach der Sommerpause in vielen Projekten erst einmal eine kleine Verschnaufspause anstand, andererseits der unmittelbar bevorstehende deutsch-deutsche Einigungsprozeß, die im Dezember anstehenden Bundestagswahlen und insbesondere auch die Landtagswahlen in Hessen im Januar 1991 bereits jetzt ihre Schatten vorauswerfen und eine klare Positionsbestimmung von der LAG, ihren Mitgliedsprojekten und den anderen aktiv mitarbeitenden Initiativen erfordern. Hierzu soll diese Zeitung ihren Teil beitragen.

Begonnen hat die Diskussion ja bereits auf der LAG-Mitgliederversammlung im Mai in Oberreifenberg, fortgeführt wurde sie im Rahmen der Fachtagung "Armut in Hessen" am ersten Septemberwochenende in der Evang. Akademie Arnoldshain und mit einem Pressegespräch in Frankfurt zu den Positionen der LAG zur Wohnungs- und Sozialpolitik in Hessen. Der nächste Höhepunkt wird der landesweite Aktionstag am 21. November (Buß- und Betttag) in Wiesbaden sein, wo wir uns hoffentlich in großer Anzahl wiedersehen werden.

Für die nächste Ausgabe der LAG-Zeitung haben wir uns vorgenommen, wieder mehr aus dem Leben in den Siedlungen und Projekten zu berichten. Hierbei sind wir dann - wie immer - auf die Unterstützung und Mitarbeit unserer Vorort-KorrespondentInnen angewiesen. Also, nichts wie ran an die Feder!

Tina und Lothar

INHALT

Das "letzte" Sommerfest.....	S. 3
"Aufgepaßt! Sehr verehrtes Publikum...".....	S. 4
Abschiedsfest im Lämmerspieler Weg.....	S. 5
Trauer und Wut im Lohwald.....	S. 6
Familien- und Sporttag in Gießen.....	S. 7
Die LAG - Lobby für "arme Leut'".....	S. 10
Fachtagung "Armut in Hessen".....	S. 11
Bundestreffen der Sozialhilfeinitiativen.....	S. 13
Venimos, Madrid!.....	S. 15
Petition an Deutschen Bundestag.....	S. 17
Recht.....	S. 18
Wahlen 1990/91.....	S. 19
Aktionstag.....	S. 21
Positionen der LAG.....	S. 22
Dies und Das.....	S. 26
Termine.....	S. 28

Herausgeber: Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V.,
Moselstraße 25, 6000 Frankfurt/Main, Tel. 069/250038

Redaktion: Christina Hey, Lothar Stock
Mitarbeit: Monika Lorenz

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber wieder.

DAS "LETZTE" SOMMERFEST

Am Samstag, den 7. Juli 1990, feierten die Bewohner des Leukertswegs in Langen ein Sommerfest, das in Zusammenarbeit mit dem Amt für Soziales, Gesundheit und Sport der Stadtverwaltung und dem Kinderschutzbund veranstaltet wurde.

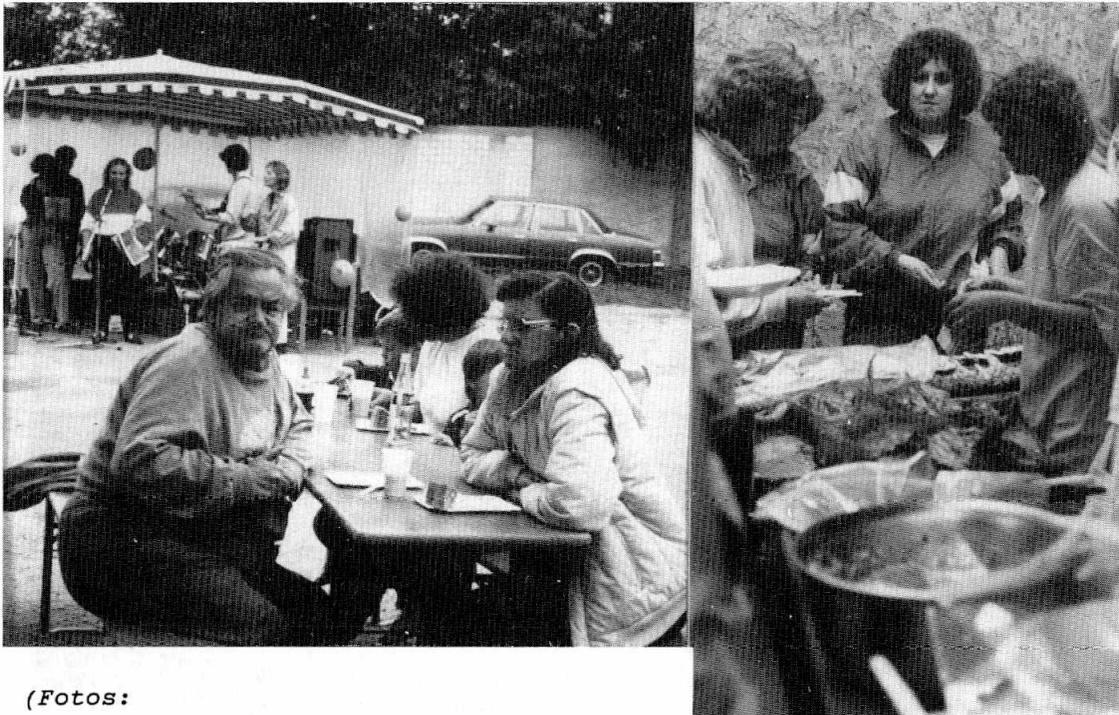
Die Frauengruppe "Die Flippers" hatte mit viel Engagement Kuchen, Kaffee und ein Spanferkel gestiftet. Bis in den Abend hinein versorgten sie die anwesenden Gäste, sodaß niemand mit leerem Magen nach Hause ging.

Viel Applaus erhielt die Gruppe U5, die Rockmobil-Band der Spiel- und Lernstube des Kinderschutzbundes. Am Abend begeisterte der Clown "Renaldo" das Publikum mit seinen Künsten.

Allerdings lastete ein Schatten über dem Fest. Wenige Tage zuvor hatte eine Zeitung einen Bericht über den Leukertsweg veröffentlicht und diesen als "städtischen Slum" bezeichnet. Ebenso war immer wieder Gesprächsthema der in Zukunft bevorstehende Abriß der Siedlung. Nicht zuletzt deshalb freuten sich die Bewohner über das Erscheinen des Bürgermeisters Pilthan.

Sabine Wolf

Hier wie überall: Ohne Verpflegung läuft nichts !



(Fotos:
Spiel- und Lernstube Leukertsweg)

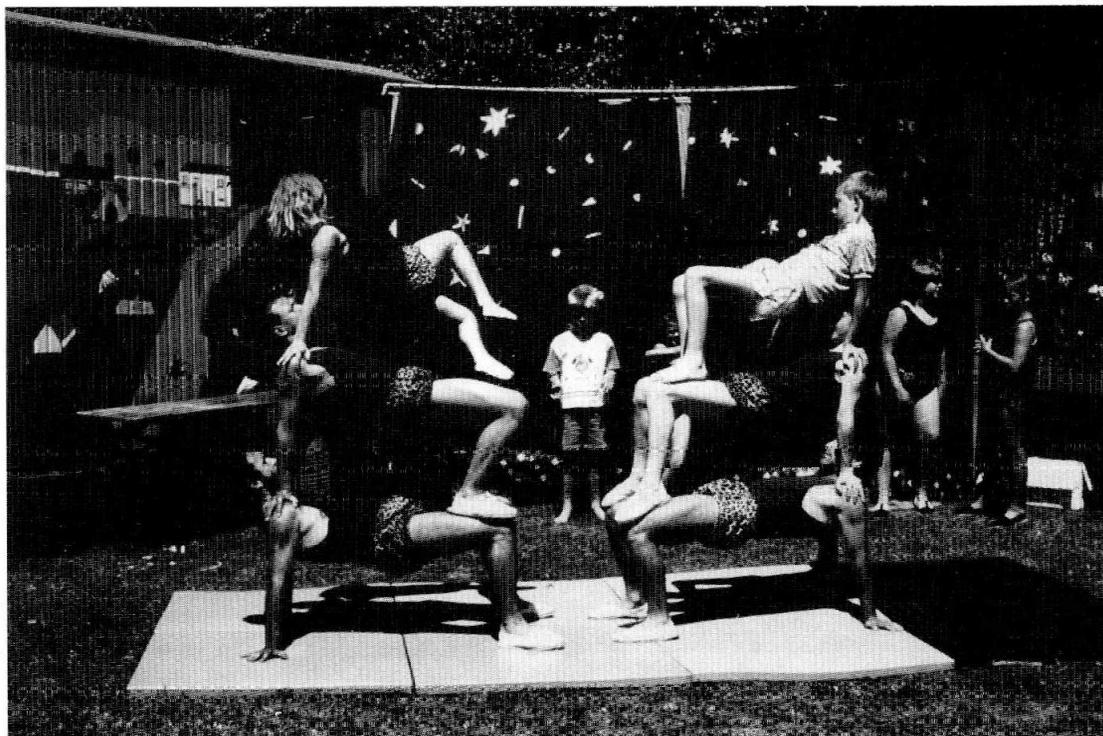
"AUFGEPASST! SEHR VEREHRTES PUBLIKUM..."

Mit diesen Worten begrüßte der 14jährige Zirkusdirektor Nico das Publikum auf der 18tägigen Tournee des Kinderzirkus "Mimikipusch". Anstelle der gewohnten Kinderfreizeit der Spiel- und Lernstube im Sozialzentrum Frauensteiner Straße in Wiesbaden starteten 19 Kinder und Erwachsene dieses Jahr zu einem Ferienabenteuer ganz besonderer Art. Mit 2 Zirkuswagen zog man ins nahegelegene Rheinhessen, lernte 7 verschiedene Städte kennen und öffnete für 9 Vorstellungen den Theatervorhang. Man hatte ein 40minütiges Programm zusammengestellt, in dem das meist aus Kindern bestehende Publikum von Akrobaten, Jongleuren, Feuerspuckern, Magiern und "wilden Tieren", aber vor allem von den verschiedenen Clowns zum Lachen und Mitmachen animiert wurde.

Nach den erfolgreichen Aufführungen bleibt für die Dabeigewesenen ein großes Gefühl von Selbstbewußtsein und Verantwortlichkeit zurück, sodaß das Projekt "Zirkus Mimikipusch" auch nach der abgeschlossenen Tournee als feste Einrichtung der Spiel- und Lernstube bestehen bleibt. Die nächsten Aufführungen stehen bereits fest und vielleicht sehen wir uns ja einmal, wenn es wieder heißt: "Aufgepaßt! Sehr verehrtes Publikum..."

Übrigens, wer gerne einen Termin vereinbaren möchte, hier die Kontaktadresse: Zirkus Mimikupusch; Uwe Bayer, Sozialzentrum
Frauensteiner Str. 114, 6200 Wiesbaden, Tel.: 06121/422739

Alle Achtung !



(Foto: Zirkus Mimikupusch)

ABSCHIEDSFEST IM LÄMMERSPIELER WEG

"Besonders glücklich sind wir, daß auch so viele ehemalige Bewohner zu dem Fest gekommen sind, obwohl sie teilweise schon vor einem Jahr ausgezogen sind", freute sich Monika Kugler (in der LAG besser bekannt unter ihrem früheren Namen Seelmann) vom Wohnerrat. Gemeint ist das Abschiedsfest am 25. August im Lämmerspieler Weg in Offenbach.

Die Häuser dort, zwischen einem Gleisdreieck und angrenzendem Industriegebiet gelegen, müssen dem S-Bahn Bau weichen. Für sie wurden an vier verschiedenen Stellen in Offenbach neue Sozialwohnungen gebaut. Etwa 80 der ehemals 124 Haushalte der Siedlung haben den Umzug bereits hinter sich gebracht. Den übrigen steht er noch bis Jahresende bevor.

Das Fest konnte sich wirklich sehen lassen: Der Spielplatz und die umliegende Grünfläche erinnerten an einen bunt-geschmückten Festplatz, an der Torwand konnte man seine Treffsicherheit unter Beweis stellen, der Clown Geraldino begeisterte am späten Nachmittag die Kinder und abends gab es als be-

sondere Attraktion erstmals (und sicherlich auch letztmalig) ein Freilichtkino im Lämmerspieler Weg zu sehen. "Bugs Bunnys wilde verwegene Jagd" hieß der Streifen, der zur Freude aller an einer der großen Hauswände gezeigt wurde. In den Verpflegungszelten am Rande gab es allerlei köstliche Spezialitäten aus der internationalen Küche, was angesichts der Tatsache, daß ca. 40% der BewohnerInnen im Lämmerspieler Weg ausländische MitbürgerInnen sind, auch nicht verwunderte. Für fetzige Musik, die bis spät in die Nacht hinein zum Tanzen animierte, sorgten die Jugendlichen aus der Siedlung.

So kamen am Schluß sogar ein wenig die von jedem Abschiednehmen her bekannten Gefühle auf. "Natürlich gibt es auch Wehmut", meinte Monika Kugler, "da sich hier doch viele Kontakte zwischen den einzelnen Familien ergeben haben. Insgesamt sind die Menschen aber eher glücklich über die Entwicklung, zumal die neuen Wohnungen alle Mitten im Stadtgebiet liegen und die Außenseiterposition der Bewohner nunmehr der Vergangenheit angehört."

Lothar Stock



af / Foto: Wilhelm

■■■ TRAUER UND WUT IM LOHWALD ■■■



Bewohner der Lohwaldsiedlung demonstrieren für Verkehrsberuhigung

Foto Ulrich Mattner

Etwa 150 Bewohner der Lohwaldsiedlung in Offenbach haben gestern am Nachmittag für Verkehrsberuhigungsmaßnahmen und eine Fußgängerbrücke über die Mühlheimer Straße demonstriert. Minutenlang blockierten sie an der Ampelkreuzung Mühlheimer Straße/ Ulmenstraße den Verkehr in Richtung Hanau. Dort hatte am Donnerstag voriger Woche ein Autofahrer trotz Rotlicht einen sechs Jahre alten Jungen angefahren und tödlich verletzt. An den Unfall erinnert ein weißes Holzkreuz, das die Bewohner der Siedlung an dieser Stelle aufstellten. In den letzten Jahren wurden an der Ampel mehrere Schulkinder auf dem Weg zur Friedrich-Ebert-Schule angefahren und verletzt. Abgesehen von der Fußgängerbrücke fordern die Eltern eine Geschwindigkeitsbegrenzung von Tempo 30 in der Lohwaldsiedlung und eine Verkehrsberuhigung mit Blumenkübeln oder Schwellen. Darüber hinaus erwarten sie von der Stadtverwaltung die Wiedereröffnung der Eingangsstufe, wo früher Vorschüler und Schüler der ersten und zweiten Klassen unterrichtet wurden. Seit etwa zwei Jahren muß ein Teil dieser Kinder wie die anderen Schüler an der Ulmenstraße entlang über die stark befahrene Kreuzung zur Friedrich-Ebert-Schule laufen. (um)

Trauer um einen Sechsjährigen

Lohwald-Sozialdienst fordert sichere Lösung für Schulweg

OFFENBACH. Die Forderung nach einer sicheren Lösung für den Schulweg der Lohwald-Kinder erheben die 14 Mitarbeiter des städtischen Sozialdienstes Lohwald, nachdem in der vergangenen Woche ein Sechsjähriger beim Überqueren in der Mühlheimer Straße von einem Auto erfaßt und schwer verletzt worden war. Der Junge ist inzwischen in der Frankfurter Uniklinik gestorben.

„Wir sind bestürzt über den tragischen Todesfall“, schreibt das Sozialdienst-Team in einem offenen Brief. „Dieser schwere Verlust hätte nicht sein müssen.“ Der Familie des Kindes gilt die Anteilnahme der Sozialarbeiter.

„Die Unfallgefahr für Kinder auf dem Schulweg, besonders für Fünf- bis Sechsjährige, ist seit langem bekannt“, heißt es in dem Brief weiter. Der Weg der Loh-

waldkinder in die Friedrich-Ebert-Schule ist besonders gefährlich, weil sie die vielbefahrene Mühlheimer Straße überqueren müssen. Der durch Ampeln geschützte Zebrastreifen reicht offensichtlich nicht aus: Der Junge wurde auf der Fußgängerfurt von dem Personenwagen erfaßt — der Fahrer hatte nach Zeugenaussagen „Rot“.

Die Sozialdienst-Mitarbeiter fordern den Bau einer Fußgängerbrücke über die gefährliche „Mühlheimer“. An die Adresse der Behörden ist der Vorwurf gerichtet: „An dieser Stelle wird schlagartig deutlich, daß die Unversehrtheit unserer Kinder vor allen finanzpolitischen und verwaltungstechnischen Erwägungen stehen muß. Eine sichere Lösung muß sofort gefunden werden, damit sich in Zukunft solch ein Unfall nicht wiederholt.“ hf

(Frankfurter Rundschau, 9.7.90)

(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.7.90)

FAMILIEN- UND SPORTTAG IN GIESSEN AM 16. JUNI 1990

Gemeinsam mit dem Gießener Sportverein Schwarz-Weiß Gießen und der Projektgruppe Margaretenhütte Gießen konnte die LAG Mitte Juni zum diesjährigen Bewohnerfest nach Mittelhessen einladen.

Liebe Gäste aus Nah und Fern waren schließlich im großen Festzelt versammelt, als Lorenz Ried (Schwarz-Weiß), Reinhard Thies (Projektgruppe) und Hartmut Fritz (LAG) die etwa 500 großen und kleinen Festbesucher willkommen hießen.

Für jeden wurde etwas geboten - für die Kleinen die tolle Kinder-Olympiade und das Kindertheater, für die Jugendlichen und Erwachsenen ein kleines Programm auf der Bühne, Speisen und Getränke für das leibliche Wohl, ein Sport-Schubkarrenrennen für Unerschrockene (den Siegern von dieser Stelle noch einen herzlichen Glückwunsch!) und zum Ausklang der schon traditionelle Tanz an der Lahn mit stimmungsvoller Musik.

Die Haupt-Veranstalter, die FußballerInnen des Vereins Schwarz-Weiß, waren von den vielen weitgereisten Gästen sehr überrascht und begeistert. Im Rahmen der Festwoche zum dreißigjährigen Vereinsbestehen stellte dieser Tag, neben Damenfußball- u. Altherrenturnier und neben der "Power-Zelt-Disco" am Vortag, sicherlich einen weiteren Höhepunkt dar! Allen Besuchern auf diesem Wege nochmals ein herzliches Dankeschön und Auf Wiedersehen!

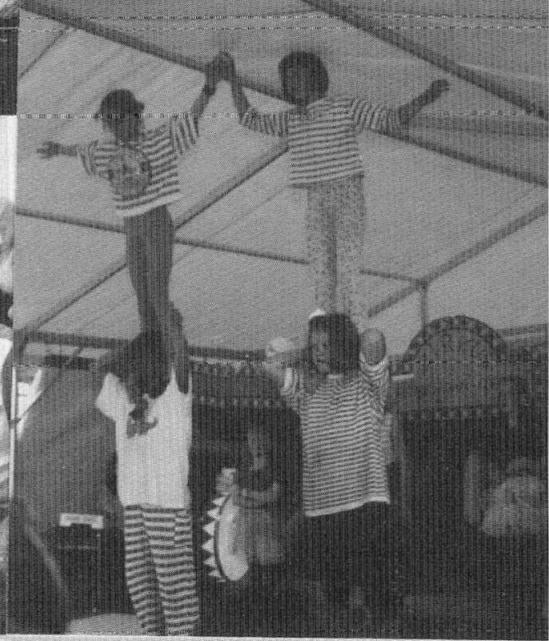
Im Vergleich zum dem 1989 in Wiesbaden gefeierten LAG-Fest unter dem Motto "Jetzt sind wir mal dran!" hatten allerdings nur wenige Bewohnergruppen einige Programmbeiträge für die "Bühnenshow" mitgebracht - hier ist sicherlich bei'm nächsten Mal mehr drin, wenn es wieder heißen sollte: "Wir präsentieren Aktivitäten von Bewohnerinitiativen"!

Günter Pleiner



(Fotos: Hey)

FAMILIEN- UND SPORTTAG





DIE LAG - LOBBY FÜR "ARME LEUT'"

Die Vertretung der Interessen der BewohnerInnen, der Siedlungen und der dort tätigen Gemeinwesenarbeitsprojekten auf örtlicher und überörtlicher Ebene ist eines der grundlegenden Ziele der LAG-Arbeit. Bereits im Vorfeld der LAG-Gründungsphase formulierten BewohnerInnen und SozialarbeiterInnen gemeinsam: "Zu den Funktionen einer LAG gehören (u.a.; der Verf.): Interessenvertretung gegenüber Behörden und Institutionen auf Landes-, Regional- und Kommunalebene; generelle Öffentlichkeitsarbeit in Form von Presseerklärungen und Solidaritätsaktionen."

Diese in der Politik als "Lobby-Arbeit" bezeichneten Aktivitäten sind in der praktischen Umsetzung sehr vielfältig: Gespräche mit PolitikerInnen, Kontaktpflege zu den Wohlfahrtsverbänden, allgemeine Pressearbeit, Veranstaltung von Fachtagungen, Organisation von Treffen der Betroffenen usw. Der Wirkungsbereich der LAG ist dabei längst nicht mehr ausschließlich allein auf Hessen beschränkt. Formen der Zusammenarbeit existieren bereits seit längerem auf Bundesebene - z.B. bei den Sozialhilfeinitiativen - und seit kurzem auch sogar im europäischen Rahmen - zusammen mit der LAG betrat die Frauengruppe der Bürgerinitiative für Soziale Fragen (BSF) in Marburg bereits zweimal das europäische Parkett, um dort die Probleme armer Frauen in der Bundesrepublik aufzuzeigen.

Über einen kleinen Ausschnitt dieser "Lobby-Arbeit" der LAG für und vorallem mit Betroffenen wird auf den nachfolgenden Seiten berichtet. Aufgegriffen werden allerdings nur die ausgesprochenen "Highlights" in den jeweiligen Bereichen, während die alltägliche "Körnerarbeit", die sich oft in zahllosen Telefonaten und persönlichen Gesprächen niederschlägt, dabei unberücksichtigt bleibt. Die Petition der Seniorengruppen im Sozialhilfeverein Offenbach an den Deutschen Bundestag schließt, als Beispiel für die "Lobby-Arbeit" eines LAG-Mitgliedsprojektes, den Themenschwerpunkt dieses Heftes ab.

Lothar Stock



(Foto: LAG-Archiv)

**FACHTAGUNG "ARMUT IN HESSEN" -
"OFFENSIVE GEGEN ARMUT" GEFORDERT**

"Strategien gegen die Armut in Hessen? Ich weiß keine." Auf diesen kurzen Nenner gebracht kann man die Aussagen der sozialpolitischen ExpertInnen aller Landtagsfraktionen auf der abschließenden Podiumsdiskussion im Rahmen der Tagung "Armut in Hessen" zusammenfassen. Eine Bankrotterklärung der Politik, die ihr ganzes dramatisches Ausmaß erst vor dem Hintergrund gewinnt, daß weit mehr als 500.000 Menschen in Hessen unterhalb bzw. am Rande der Armutsgrenze leben. Statt Ideen- und Konzeptionslosigkeit forderten die etwa 50 TeilnehmerInnen der von der LAG in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Arnoldshain durchgeführten Fachtagung von der Politik eine "Offensive zur Überwindung der Armut" in Hessen.

Einigkeit herrschte bei allen PolitikerInnen darüber, daß die Unzulänglichkeiten des derzeitigen Bundessozialhilfegesetzes langfristig nur durch die Einführung einer sozialen Grundsicherung gelöst werden können. Wie diese konkret aussehen soll, da gehen die Meinungen parteigebunden aber schon wieder auseinander. Am weitestgehend ist der soziale Absicherungsaspekt wohl in den Vorstellungen der GRÜNEN gediehen, während SPD und CDU vorwiegend spezielle Zielgruppen bzw. Problembereiche (z.B. Arbeitslosigkeit, Pflegebedürftigkeit) vor Augen haben und die FDP - ausgehend von einer minimalen Basisabsicherung - insbesondere auf die Leistungsbereitschaft und -fähigkeit jedes Einzelnen baut.

Wenn schon seitens der anwesenden PolitikerInnen keine Strategien gegen die Armut vorhanden waren, so konnten sie doch ein Stück weit den im Laufe der Tagung aus dem

TeilnehmerInnenkreis zusammengetragenen Forderungen, die zumindest Ansatzpunkte zur Verhinderung von Armut bzw. zur Bekämpfung ihrer Auswirkungen darstellen, folgen: Die Selbsthilfeinitiativen der Sozialhilfeberechtigten sollen stärker finanziell gefördert werden, den Betroffenen soll in den entsprechenden Gremien mehr Gehör verschafft werden, einer breit angelegten Öffentlichkeitsarbeit über Leistungen und Vergünstigungen für einkommensschwache Personengruppen wurde zugestimmt, die Bereitstellung öffentlicher Gelder für Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurde als notwendig erachtet, ebenso der Wohnungsneubau zu sozialverträglichen Mietpreisen.

"Die Existenz von Armut in einer Gesellschaft, setzt das Vorhandensein von Reichtum in derselben voraus." Mit diesen Worten begann Prof. Dr. Huster von der Evangelischen Fachhochschule in Bochum seinen Vortrag zum Einstieg in die Tagung, aber "die Tugend des Teilens bleibt allein den Armen". Mit zahlreichem Datenmaterial belegte Dr. Huster anschließend seine Ausgangsthese von der sehr unterschiedlichen Einkommensverteilung in der Bundesrepublik. So bezogen z.B 1988 die 1,9 Mio. Selbständigenhaushalte außerhalb der Landwirtschaft (= 7,1% aller Haushalte) mit insgesamt über 250 Mrd. DM nahezu 20% der gesamten verfügbaren Einkommenssumme in der Bundesrepublik oder anders ausgedrückt, jeder einzelne Angehörige eines Selbständigenhaushaltes verfügte mit 44.055,-- DM im Jahr über nur geringfügig weniger Geld als einem gesamten Arbeitnehmerhaushalt durchschnittlich zur Verfügung stand (51.279,-- DM). Bei einem durchschnittlich gezahlten

Arbeitslosengeld in Höhe von monatlich 1.055,-- DM (Arbeitslosenhilfe: 841,-- DM/Monat) lag das Durchschnittseinkommen der Arbeitslosenhaushalte im Jahr 1988 mit 25.696,-- DM nochmals um die Hälfte unter dem Einkommen der Arbeitnehmerhaushalte bzw. betrug lediglich 19,3% des Einkommens der Selbständigenhaushalte. Schon allein diese Zahlen machen deutlich: Die Schere zwischen arm und reich klafft weiter auseinander denn je.

Auf die mögliche Gefährdung des "sozialen Konsens" durch die deutsch-deutsche Einigung wies Dr. Köppinger vom Europäischen Forschungsinstitut für Christlich-Soziale-Politik im zweiten Vortrag am Freitagabend hin. Die durchaus nicht unrealistische Perspektive, daß bis zu 60% der heutigen (noch) DDR-BürgerInnen auf absehbare Zeit abhängig werden könnten von staatlichen Sozialleistungen, müsse fast zwangsläufig zum Zusammenbruch des sozialen Sicherungssystems auch in der Bundesrepublik führen. Als einzige Möglichkeit dem entgegenzutreten sieht Dr. Köppinger die möglichst schnelle Verpflanzung des bundesrepublikanischen Leistungsgedankens in die Köpfe der (noch) DDR-BürgerInnen. Nur so könne zudem auf lange Sicht hin die Entstehung einer Bettlermentalität einer ganzen Region in einem geeinten Deutschland verhindert werden.

Nach diesem Einstieg in die Gesamthematik am Freitagabend wurden am Samstagvormittag drei Problembereiche der Armutproblematik nochmals gesondert herausgegriffen. Herr Brinkmann vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg referierte über die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, vorallem auch im Hinblick auf die Situation der von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Personengruppen, Frau Prof. Ostner von der Universität Bremen ging in ihrem Vortrag auf Perspektiven einer sozialen Sicherung jenseits des bestehenden Systems in der

Bundesrepublik ein, wobei sie insbesondere auf die Rolle der Frau im gegenwärtigen Sicherungssystem zu sprechen kam und Herr Holsting der Fragestellung einer Wohnungsversorgung einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen aus seiner Sicht als Verbandsdirektor im Verband Südwestdeutscher Wohnungsunternehmen nach. Nachmittags bestand dann noch ausreichend Zeit, um in Arbeitsgruppen mit den ReferentInnen den einen oder anderen Aspekt noch einmal zu vertiefen.

Rundum eine gelungene Tagung, meinten durchweg alle TeilnehmerInnen, auch wenn die abschließende Diskussionsrunde mit den PolitikerInnen am Sonntagvormittag wenig Erbauliches an den Tag brachte. Aber bis zu den Landtagswahlen am 20. Januar nächsten Jahres gibt es sicherlich noch weitere Gelegenheiten - z.B. den LAG-Aktionstag am Buß- und Betttag (21. November) in Wiesbaden -, um die Parteien mit unseren Vorstellungen einer "Offensive gegen Armut" zu konfrontieren. Schade nur, daß von den Betroffenen so wenige den Weg nach Arnoldshain gefunden hatten.

Lothar Stock



BUNDESTREFFEN DER SOZIALHILFEINITIATIVEN:

DER WIDERSTAND GEGEN DAS "STATISTIKMODELL" WIRD FORTGESETZT!

Ganz im Zeichen des gerade eingeführten neuen Bemessungssystems für die Regelsätze in der Sozialhilfe ("Statistikmodell") stand das Bundestreffen der Sozialhilfeinitiativen vom 26. - 29. Juli in Bielefeld-Sennestadt. Die dabei von den etwa 120 TeilnehmerInnen gemachten Erfahrungen waren vielfältig: Teils wurden im Juli die neuen Regelsätze ausgezahlt - mit oder ohne Bescheide -, teils wurden noch die alten Beträge weiterbewilligt, mit dem Hinweis, daß die Differenz dann im August nachgezahlt würde.

Auch im Bereich der sogenannten "Besitzstandswahrung" gibt es eine unterschiedliche Handhabung. Während die meisten Bundesländer eine individuelle Regelung praktizieren, das heißt, den Bedarf jedes

einzelnen Anspruchsberechtigten nach altem und neuem Bemessungssystem gegenüberstellen und überall dort, wo die alten Regelsätze höher waren als die neuen, die alten Beträge weiterzahlen - vorausgesetzt der Anspruchsberechtigte war bereits im Juni im Sozialhilfebezug -, bezieht der Hessische Sozialminister sich in seiner "Besitzstandswahrung" auf die gesamte Bedarfsgemeinschaft und nur, wenn der Gesamtbedarf nach dem "Statistikmodell" niedriger ist als der alte, nach der "Warenkorbmethode" errechnete, dann wird der alte Betrag weitergezahlt. Der Unterschied der beiden Verfahren wird am nachfolgenden Beispiel eines alleinerziehenden Erwachsenen mit einem 12 Jahre alten Kind deutlich:

alter Regelsatz	neuer Regelsatz	individuelle Besitzstandsw.*	bedarfsgemeinschaftsbez. Besitzstandsw. (Hessen)*
426,-- DM	449,-- DM	449,-- DM	
<u>320,-- DM</u>	<u>292,-- DM</u>	<u>320,-- DM</u>	
<u>746,-- DM</u>	<u>741,-- DM</u>	<u>769,-- DM</u>	<u>746,-- DM</u>

* sofern bereits im Juni 1990 im Sozialhilfebezug

Das bedeutet nicht nur daß, allen hessischen Sozialhilfeberechtigten mit dieser Familienzusammensetzung Monat für Monat 23,-- DM gegenüber entsprechenden Sozialhilfeberechtigten in den anderen Bundesländern verloren gehen, sondern auch, daß von der viel gepriesenen Sozialhilfe"reform" - zumindest aktuell - kein Pfennig bei ihnen hängen bleibt.

Im Bundesland Rheinland-Pfalz geht man sogar so weit, daß dort, im Sinne einer Gleichbehandlung aller Sozialhilfeberechtigten, in allen Fällen, wo die neuen Regelsätze niedriger sind als die alten, ge-

nerell die alten Beträge weitergezahlt werden, unabhängig davon, ob die Betroffenen bereits im Juni Sozialhilfe bezogen haben oder aber erst nach dem 30.6. neu in den Sozialhilfebezug hineintraten. Selbstverständlich ist die hessische Regelung der bedarfsgemeinschaftsbezogenen "Besitzstandswahrung" mit dem Individualitätsprinzip des Bundessozialhilfegesetzes nicht vereinbar, aber dies müssen die Betroffenen jetzt erst einmal allerorts gerichtlich feststellen lassen. Da die neuen Regelsätze insgesamt einer juristischen Nachprüfung nicht standhalten werden, wurde in einer Arbeitsgruppe ein

umfangreicher Widerspruchsleitfaden erarbeitet (zu beziehen über die LAG-Geschäftsstelle).

Auch im Bereich der "einmaligen Beihilfen" wurden bereits die ersten Kürzungsrunden auf örtlicher Ebene mit dem Hinweis auf das "Statistikmodell" eingeleitet. In Oldenburg z.B. wurde die bisher zusätzlich gewährte Beihilfe für eine Monatskarte bei den Busbetrieben ersatzlos gestrichen - "im Statistikmodell enthalten" - und in Wolfsburg wurde mit der gleichen Begründung die Eigenbeteiligung der Sozialhilfeberechtigten an den Kosten für Schulmaterialien von 25 auf 50% erhöht. (Aus Marburg wurde kürzlich berichtet, daß Handtücher nun auch im Regelsatz enthalten seien.)

Ein weiterer zentraler Diskussionspunkt des in den öffentlichen Medien (Fernsehen, Funk und Presse) stark beachteten Bundestreffens der Sozialhilfeinitiativen war die Frage einer festeren Organisationsform in der bundesweiten Zusammenarbeit. Auf einer kurzfristig für Samstagabend einberufenen "Betroffenen-Sondersitzung" forderte die überwiegende Mehrheit der 25 anwesenden Personen, die Diskussion um die Gründung eines Bundesverbandes der Sozialhilfeinitiativen bis zum nächsten Bundestreffen Anfang 1991 in den örtlichen Gruppen zu intensivieren, um spätestens dort dann "Nägel mit Köpfen" zu machen.

Weitere Arbeitsgruppen tagten den gesamten Freitag über und teilweise auch noch am Samstagvormittag zu folgenden Themen:

- Situation in den Initiativen/ Öffentlichkeitsarbeit
- Überlebensstrategien in der Sozialhilfe
- Gewährungspraxis bei "einmaligen Beihilfen"
- Konsequenzen aus der Wohnungsnot
- Von den Bielefelder Forderungen zur Grundsicherung?
- Armut im Alter

Im abschließenden Plenum am Sonntagvormittag wurden die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zusammengetragen und darüber hinaus zwei Resolutionen nahezu einstimmig verabschiedet. Die erste richtet sich an die Wohlfahrtsverbände mit der Aufforderung, die juristische Gegenwehr der Sozialhilfeinitiativen und -berechtigten gegen das "Statistikmodell" durch Beratung, juristische Beistandschaft, finanzielle (Verfahrenskosten) und öffentliche Unterstützung zu begleiten. In der zweiten werden die Verwaltungsgerichte in der Bundesrepublik sowie die jeweils zuständigen Landesbehörden aufgefordert, durch eine ausreichende Personalausstattung der Gerichte dafür Sorge zu tragen, daß Klageverfahren von Sozialhilfeberechtigten in einer Instanz innerhalb eines Zeitraums von höchstens sechs Monaten entschieden werden. Gegenwärtig liegt die Verfahrensdauer durchschnittlich bei etwa zwei Jahren.

Den trotz aller Arbeitswut ebenfalls vorhandenen Freizeitbedürfnissen der TeilnehmerInnen wurde am Samstagnachmittag Rechnung getragen. Neben einem Stadtrundgang in Bielefeld mit anschließendem Besuch des Sparrenburgfestes stand angesichts des herrlichen Wetters der Sprung ins kühle Naß im Freibad bzw. am Baggersee als Alternative zur Auswahl. Beim gemeinsamen Grillfest am Abend brauchte dann - dank der tatkräftigen Mitarbeit der Familie Kellerhoff vom Sozialhilfeverein in Dietzenbach - niemand zu hungern. Und wer nach den vielen Diskussionen sich den (rauchenden) Kopf einfach freitanzen wollte, der konnte dies bei der allabendlichen Disco nach Herzenslust tun.

Lothar Stock

VENIMOS, MADRID !
FRAUEN NEHMEN IHRE INTERESSEN SELBST IN DIE HAND -
AUCH AUF DER EUROPÄISCHEN EBENE

Wieder waren die hessischen Frauen auf der europäischen Ebene aktiv. Nach dem Tribunal "Frauen und Armut" in Brüssel nahmen nun Christa Krieg, Ria Nieft, Monika Wolf und Eva Boos von der BSF in Marburg an einem Seminar des Europäischen Frauennetzwerks ENOW teil. Zusammen mit Anne Hofmann, der Sozialarbeiterin der BSF, Heide Koradin vom LAG-Vorstand und der Frauenbildungsreferentin der LAG waren sie vom 22.-25. Juni in Madrid, um über die soziale Sicherung der Frauen in der Bundesrepublik zu berichten und sich von den Frauen aus Spanien über die dortige Situation informieren zu lassen.

Sinn und Zweck dieses Seminars, wie der anderen Veranstaltungen,

die im Rahmen einer Seminarreihe stattfinden und bei denen sich Frauen aus den anderen europäischen Ländern treffen, ist es, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Lage der Frauen in den einzelnen Ländern herauszuarbeiten und über die Entwicklungen seit dem Tribunal 1988 zu informieren, um zu einer gemeinsamen Interessenvertretung gegenüber der Europäischen Gemeinschaft zu kommen. Da es, wie auch das Seminar in Spanien wieder gezeigt hat, vor allem den Frauen in den südlichen Ländern noch schlechter geht als bei uns, ist es vor allem wichtig zu verhindern, daß eine Angleichung der Lebensverhältnisse auf dem niedrigsten Niveau stattfindet. Statt dessen muß sich die Si-



(Foto: Hey)



(Foto: Hey)

tuation der Frauen gerade auch in diesen Ländern verbessern.

Die Frauen vom Richtsberg hatten sich gut vorbereitet, referierten über Renten- und Gesundheitsreform, Sozialhilfe und Arbeitsmarktlage für Frauen. Würze und Gewicht erhielt all das, weil sie anhand ihres Lebenslaufs aufzeigten, wie eine Frau in der Bundesrepublik arm wird.

Daß sich die Erfahrungen aus den Frauengruppen und den Tagungen der LAG dabei auszahlten, konnten auch die spanischen Teilnehmerinnen sehen, die beeindruckt waren von dem Selbstbewußtsein und den Kenntnissen der BSF-Frauen. So meisterten die Frauen souverän ihre Rolle auf dem Podium und mischten sich auch in die anschließende Diskussion ein, was dank der Simultanübersetzung auch sprachlich kein Problem war.

Daß die Darstellung ihrer Situation durch die betroffenen Frauen nicht überall so selbstverständlich ist, zeigte der spanische Beitrag. Dabei meldeten sich - sehr zur Enttäuschung der Marburgerinnen - vor allem die Profis.

Viele Fragen blieben für die BSF-Frauen offen. Größere Unruhe gab es bei dem Beitrag einer geschiedenen Beamtin, die ihre Probleme mit der Isolation als Alleinerziehende schilderte. "Verstehen kann ich das schon", meinte Christa Krieg bei der Diskussion, "aber es ist doch ein Unterschied, ob ich weiß, daß das Geld zum Leben ausreicht oder ob ich jeden Pfennig hin und her drehen muß. Und wenn wir durch die Stadt gehen, sehen wir doch an allen Ecken und Enden Frauen, die wirklich arm sind".

So war denn auch die Diskussion um die Gründung eines Armutsnetzwerks für Frauen geteilt. Während vor allem die spanischen Frauen eher ein gemeinsames Netzwerk aller Frauen wollten, fürchteten die deutschen Teilnehmerinnen, daß dann die Armutsfrage zu kurz käme. Es müßte auf jeden Fall eine Form geben, bei der sich arme Frauen kontinuierlich treffen und das Thema Armut auf die Tagesordnung bringen. Denn wenn frau nicht darüber spricht, ändert sich auch nichts an der Situation.

Christina Hey

**SENIORENGRUPPE IM OFFENBACHER SOZIALHILFEVEREIN
SCHICKT PETITION AN DEUTSCHEN BUNDESTAG**

Mit einer Petition an den Deutschen Bundestag samt beigefügten Unterschriftslisten macht die Seniorengruppe im Sozialhilfeverein Offenbach e.V. auf ein weithin unbekanntes Problem aufmerksam. Witwen und Witwer, die neben der Hinterbliebenenrente auch noch eine eigene Altersrente beziehen, zahlen einen doppelten Krankenkassenbeitrag: Einmal nämlich mit der eigenen Altersrente und zum zweiten mit der Hinterbliebenenrente des verstorbenen Ehepartners, von der ebenfalls ein Krankenkassenbeitrag einbehalten wird.

In der Petition an den Deutschen Bundestag bittet die Seniorengruppe um eine Änderung dieser ungerechtfertigten Praxis.

Lothar Stock

<p style="text-align: center;">S O Z I A L H I L F E - V E R E I N O F F E N B A C H e.V.</p> <p style="text-align: center;">- Seniorengruppe -</p> <p>An den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages - Bundeshaus -</p> <p><u>5300 B O N N 1</u></p>	<p>Beratungsstelle/Büro: Frankfurter Straße 57 6050 Offenbach a. M. Tel.: 069 / 8001299</p> <p style="text-align: right;">-30./31.06.1990/dg.-</p>						
<p><u>- P e t i t i o n -</u></p>							
<p>Wir, die Erstunterzeichner dieser Petition sind als Seniorinnen und Senioren im Offenbacher Sozialhilfe-Verein aktiv und machen hiermit die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und darüber hinaus die interessierte Öffentlichkeit darauf aufmerksam, daß wir es als große <u>Ungerechtigkeit</u> empfinden, <u>wenn von der Hinterbliebenenrente, z.B. für den verstorbenen Ehemann, weiterhin ein Beitrag zur Krankenversicherung abgezogen wird.</u></p> <p><u>Viele von uns beziehen selbst eine Altersrente und sind entsprechend krankenversichert.</u> Hinzu kommt ggfs. die Witwenrente, von der - wie oben erwähnt - ebenfalls ein Krankenkassenbeitrag abgezogen wird. Wir zahlen demzufolge einen doppelten Krankenkassenbeitrag: einmal für uns selbst und bei Bezug von Witwenrente auch für unsere(n) verstorbene(n) Ehefrau bzw. Ehemann.</p> <p>Für uns Rentner und Rentnerinnen zählt jeder Pfennig. Deshalb bitten wir darum, die <u>Bezieher von Witwenrente vom doppelten Krankenkassenbeitrag zu befreien!</u></p>							
<p>- Unterschriftenliste -</p>							
<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 33%; border-bottom: 1px solid black; border-right: 1px solid black;">Name, Vorname:</th> <th style="width: 33%; border-bottom: 1px solid black; border-right: 1px solid black;">Adresse:</th> <th style="width: 33%; border-bottom: 1px solid black;">Unterschrift:</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="border-right: 1px solid black; height: 40px;"></td> <td style="border-right: 1px solid black;"></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>		Name, Vorname:	Adresse:	Unterschrift:			
Name, Vorname:	Adresse:	Unterschrift:					

Gegen den Sozialhilfebescheid vom _____ lege ich/legen wir **Widerspruch** ein.
Gegen die Festsetzung der Sozialhilfe durch Auszahlung/Überweisung vom _____ lege ich/legen wir **Widerspruch** ein.

Begründung:

Der mir/uns zuerkannte Regelsatz deckt nicht den notwendigen Lebensunterhalt. Seine Festsetzung verstößt gegen §§1 und 12 Bundessozialhilfegesetz. Deshalb ist mir/uns eine höhere Sozialhilfeleistung zuzuerkennen.
Ein Gutachten des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge vom Dezember 1988 hat ergeben, daß bereits im Jahre 1988 der Regelsatz des Haushaltsvorstandes 464.- DM mindestens jedoch 431.- DM hätte betragen müssen (vgl. Schellhorn, Neues Bedarfssystem für die Regelsätze der Sozialhilfe, NDV 1989, S. 157).
Dieses Gutachten haben sich die für die Regelsatzfestsetzung zuständigen Fachminister der Länder zu eigen gemacht. Es ist in seinem Inhalt auch nicht von der Konferenz der Ministerpräsidenten vom 27. Okt. 1989 angezweifelt worden.
Gegen die sachlich und fachlich unstrittige Feststellung eines Bedarfs für den Haushaltsvorstand 1988 von 464.- DM, mindestens 431.- DM zuzüglich der erforderlichen Fortschreibung bis 1. Juli 1990 verstößt die zum 1.7.90 vorgenommene Regelsatzfestsetzung in zweifacher Weise:

1. Der als notwendig anerkannte Nachholbedarf soll entgegen dem Bedarfsdeckungsprinzip der Sozialhilfe nicht sofort befriedigt werden sondern zunächst nur zu einem Drittel.
2. Die Fortschreibung der vom Deutschen Verein für 1983 ermittelten und von der Landesregierung nicht angezweifelten Zahlen soll nach einem Preisindex erfolgen, der für den Durchschnitt der Lebenshaltungskosten aller Haushalte gilt. Maßgebend darf aber nur die Entwicklung der Verbrauchsausgaben sein, die für SozialhilfeempfängerInnen tatsächlich von Bedeutung ist, nämlich für die Güter und Dienstleistungen, die vom Regelsatz erfaßt werden.

Unterschrift _____

Ergänzend führe ich aus: _____

Es ist mit dem Bedarfsdeckungsprinzip nicht zu vereinbaren, daß ich nur 90% bzw. 95% des Eckregelsatzes erhalte. Der diesbezügliche § 2 Abs. 1 S. 3 Regelsatzverordnung verstößt sowohl gegen das Bedarfsdeckungsprinzip wie auch gegen das Gleichbehandlungsgebot.
Es gibt keine Begründung dafür, alleinlebenden HilfeempfängerInnen nur bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres und dann wieder ab Vollendung des 25. Lebensjahres den vollen Regelsatz eines Haushaltsvorstandes zuzuerkennen. Die den Ländern eingeräumte Möglichkeit einer abweichenden Regelung verdeutlicht, daß hier eine rein politische Entscheidung getroffen worden ist, die mit der aus § 12 Bundessozialhilfegesetz abzuleitenden Garantie des notwendigen Lebensunterhaltes nicht zu vereinbaren ist.

Unterschrift _____

Blatt 2 zum Widerspruch vom _____

Ergänzend führe ich/führen wir aus:

Die Zuerkennung eines Regelsatzes von 50% des Eckregelsatzes für mein/unser Kind _____ verstößt gegen das Bedarfsdeckungsprinzip und den Gleichbehandlungsgrundsatz.

Es gibt keine sachliche Begründung, für Kinder je nach Familienkonstellation einen verschiedenen Bedarf anzunehmen. Die Festsetzung des Regelsatzes mit 50% des Eckregelsatzes ist deshalb willkürlich.

Für diese Regelung gibt es keine Anhaltspunkte im Gutachten des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. Insoweit ist die Begründung im Entwurf einer 2. Verordnung zur Regelsatzverordnung durch das Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit falsch.

Unterschrift _____

WAHLEN 1990/91 -

INTERVIEW MIT HARTMUT FRITZ

C. Hey: Hartmut, Du hast gerade die Tagung in Arnoldshain hinter Dir, wo über Armut - insbesondere auch Armut in Hessen - diskutiert wurde. Welche Bedeutung mißt Du vor diesem Hintergrund den kommenden Wahlen zu?

H. Fritz: In dieser Tagung hat die Analyse der Entwicklung und der Ursachen von Armut noch einmal sehr deutlich gezeigt, daß Armut und Unterversorgung kein unabänderbares Schicksal einzelner Menschen ist, sondern das Ergebnis wirtschaftlicher und politischer Entscheidungen. Besonders deutlich wird dies durch die Tatsache, daß zu der Zeit, als wegen angeblich leerer öffentlicher Kassen die Sozialhilfe gekürzt wurde, das Arbeitslosengeld und die Arbeitslosenhilfe gekürzt wurden und andere Sozialleistungen nicht bedarfsgerecht gewährt wurden, nachgewiesenermaßen die Wirtschaft Rekordgewinne einfahren konnte.

Wir wissen heute, daß seit 1982 ein ständiges Wirtschaftswachstum und infolgedessen auch in den letzten Jahren eine große Steigerung der Steuereinnahmen bei Bund, Ländern und Gemeinden erfolgt ist.

C. Hey: Welche Folgerungen zieht die LAG daraus für die Wahlen?

H. Fritz: Aus dieser Entwicklung ergibt sich für die LAG die logische Konsequenz, mit klaren Forderungen sowohl an die im Bundestag vertretenen Parteien als auch an die Landtagsparteien für die nächste Wahlperiode heranzutreten, insbesondere, was die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot sowie die Forderung nach einem bedarfsgerechten und menschenwürdigen Mindesteinkommen betrifft.

C. Hey: Die kommenden Bundestagswahlen sind seit langer Zeit die ersten gesamtdeutschen Wahlen. Nun hört man von Politikern immer wieder, daß aufgrund der deutschen Einigung kein Geld mehr da ist für den Ausbau des Sozialbereichs, der ja dringend notwendig wäre.

H. Fritz: Tatsache ist, daß beide Wahlen, sowohl die Bundes- als auch die Landtagswahlen, in einer historischen Phase stattfinden, die für uns alle einmalig ist. Es ist zum heutigen Zeitpunkt nur schwer einschätzbar, welche tatsächlichen Folgekosten die deutsch-deutsche Vereinigung mit sich bringen wird. Wir haben den Politikern mit aller Entschiedenheit zu sagen, daß diese Zeche auf keinen Fall auf Kosten der Armutsbevölkerung und der Menschen mit niedrigem Einkommen in der BRD und in der DDR gehen darf. Auch ein wiedervereinigtes Deutschland gehört zu den reichsten Ländern der Erde, es müssen nur die richtigen Verteilungsentscheidungen getroffen werden. Eine "neue" Spaltung in Arm und Reich kann keine tragfähige Grundlage für die zukünftige Bundesrepublik Deutschland sein. Die jetzt erkennbare Entwicklung in der DDR mit 1,5 Mio. Arbeitslosen und einer Sozialhilfeabsicherung, die unter dem Niveau des Bundessozialhilfegesetzes liegt, die deutlich zu Tage tretende Wohnungsnot und die Unterversorgung mit sozialen Betreuungseinrichtungen sind wichtige Aufgaben, die schnell gelöst werden müssen. Gleichzeitig gilt es aber, mit Energie die Bekämpfung dieser Probleme hier bei uns anzugehen. Die notwendigen Konzepte und Lösungsmöglichkeiten sind bekannt, die politische Umsetzung ist die notwendige Konsequenz.



(Foto: Hey)

C. Hey: Du hast jetzt Entwicklungen beschrieben, die für die BRD insgesamt gelten. Wie sieht es auf Landesebene aus?

H. Fritz: Für die Landtagswahl Anfang '91 in Hessen hat die LAG erneut ein Positionspapier erarbeitet, das sich an den konkreten Problemen der Menschen in Sozialen Brennpunkten und der in Armut lebenden Bevölkerung im Lande orientiert. Wir erwarten von der zukünftigen Hess. Landesregierung und den im Landtag vertretenen Parteien, daß diese Forderungen Bestandteil der Sozial- und Wohnungspolitik der nächsten vier Jahre werden. Über 300.000 Sozialhilfeempfänger und Empfängerinnen, 140.000 Arbeitslose, sprunghaft ansteigende Obdachlosenzahlen, ein Heer von Wohnungssuchenden sind der Hintergrund für die Aufforderung, eine Offensive für die Überwindung der Armut in Hessen zu starten. Wir werden in den beginnenden Wahlkämpfen diese Positionen zu sozialpolitischen Prüfsteinen in der Diskussion mit den Politikern machen. Insbesondere der für November geplante Aktionstag zu den bevorstehenden Wahlen wird eine wichtige Gelegenheit dazu sein. Darüberhinaus werden sicher auch die örtlichen Projekte diese Forderungen mit ihren Kandidaten diskutieren.

C. Hey: Zum Aktionstag erwartet die LAG eine Menge Mitglieder. Viele davon werden Frauen sein. Was sind für den LAG-Vorsitzenden die entscheidenden Forderungen zur Verbesserung der Lebenssituation der Frauen?

H. Fritz: Die Frauen trifft nach wie vor die Hauptlast bei der Bewältigung einer von Entbehrungen geprägten Lebenssituation. In ihrem Fall geht es nicht nur um die Verteilung des Reichtums, sondern um eine andere Sichtweise ihrer Lebensverhältnisse. Auch bei Frauen muß die selbständige Sicherung ihrer Existenz mitgedacht werden, und dies auch von politischer Seite. Für uns heißt dies, daß wir z.B. im Rahmen unserer Positionen zur Beschäftigungspolitik ein Sonderprogramm für Frauen fordern, denn es ist immer noch nicht selbstverständlich, daß Frauen bei der Einrichtung eines Beschäftigungsprogramms in gleicher Weise berücksichtigt werden wie Männer. Dazu gehört aber auch die Schaffung von Rahmenbedingungen für eine eigenständige Existenzsicherung von Frauen, das heißt, es müssen auch ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Ebenso gehört dazu aber auch die Bereitstellung von Landesmitteln für die Förderung von Bildungsarbeit für die Frauen aus Sozialen Brennpunkten.

C. Hey: Noch einmal kurz zurück zum Aktionstag: Wann und wo soll er stattfinden? Was ist geplant?

H. Fritz: Wir sind im Moment mitten in der Planungsphase, so daß ich hier nur auf den Tag und den Ort verweisen kann. Er wird zusammen mit der Mitgliederversammlung am Buß- und Betttag in Wiesbaden stattfinden.

C. Hey: Hartmut, vielen Dank für das Gespräch.

Christina Hey



ZUR VORBEREITUNG FINDEN DIE REGIONALTREFFEN STATT

AM 23.10. REGIONALTREFFEN KASSEL IN KASSEL

24.10. REGIONALTREFFEN SÜD IN FRANKFURT-FECHENHEIM

24.10. REGIONALTREFFEN MITTE IN MARBURG

29.10. REGIONALTREFFEN SÜD-WEST IN WIESBADEN

BITTE DIE TERMINE VORMERKEN!

LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.

II. Bedarfsgerechter Ausbau der Ausbildungs-, Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für sozial benachteiligte Personengruppen

In Hessen gibt es ca. 50.000 Langzeitarbeitslose und arbeitslose SozialhilfeempfängerInnen. "Hilfe zur Selbsthilfe" bedeutet, daß jedem von ihnen eine qualifizierende Beschäftigung, Aus- oder Fortbildung mit der Perspektive einer dauerhaften Eingliederung ins Erwerbsleben angeboten werden muß. Dies erfordert:

1. Die Aufhebung der zeitlichen Begrenzung des Langzeitarbeitslosenprogramms der Bundesregierung sowie die sofortige Verdreifachung der Mittel zur Maßnahmeförderung, die künftig entsprechend dem Bedarf weiter zu erhöhen sind. So lange dies nicht erreicht ist, müssen die von der Hessischen Landesregierung bereitgestellten Gelder für "lokale Beschäftigungsinitiativen" auf 10 Mio. DM im Jahr erhöht werden, um den Ergänzungsfinanzierungsbedarf in qualifizierenden Beschäftigungsmaßnahmen abzudecken.
2. Um alle TeilnehmerInnen an qualifizierenden Beschäftigungsprojekten tariflich entlohnen zu können, müssen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auch für Arbeitssuchende ohne Anspruch auf Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz geöffnet werden. Für untere Einkommensgruppen muß in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eine Qualifizierung ohne Einkommenseinbußen möglich sein, für TeilnehmerInnen an qualifizierenden Beschäftigungsmaßnahmen überall ein Fördersatz von 100 %. So lange dies auf Bundesebene nicht erreicht ist, brauchen wir in Hessen:
 - Landesmittel zur Beschäftigung von SozialhilfeempfängerInnen im Rahmen von "Hilfe zur Arbeit" (entsprechend vorgegebener qualitativer Standards wie Freiwilligkeit, tarifliche Entlohnung, Qualifizierung) in Höhe von zunächst 10, im zweiten Jahr 25 und ab dem dritten Jahr 50 Mio. DM;
 - Zuschüsse des Landes, um Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in allen hessischen Landesteilen zu 100 % fördern zu können.
3. Um auch Jugendlichen ohne betriebliche Lehrstelle eine Ausbildung zu ermöglichen, ist das Benachteiligtenprogramm auf Bundesebene auf 600 Mio. DM im Jahr aufzustocken und ein Rechtsanspruch auf diese Leistung in das Arbeitsförderungsgesetz aufzunehmen. Die Fortbildung der AusbilderInnen, SozialpädagogInnen und LehrerInnen für diese Zielgruppe ist ausreichend zu fördern. So lange dies auf Bundesebene noch nicht erreicht ist, brauchen wir in Hessen:
 - Eine Aufstockung des Benachteiligtenprogramms des Hessischen Wirtschaftsministeriums auf jährlich 300 Ausbildungsplätze (jeweils 15 Mio. DM je Jahrgang);
 - Landesmittel in Höhe von jährlich 50.000,-- DM zur Förderung der Fortbildung und des Erfahrungsaustausches von AusbilderInnen, SozialpädagogInnen und LehrerInnen in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten für diese Zielgruppe.

III. Soziale Sicherheit statt eines Lebens in Armut

Die seit mehr als zehn Jahren geführten Auseinandersetzungen um eine bedarfsgerechte Sozialhilfe fanden mit der Einführung des "Statistikmodells" als neue Berechnungsgrundlage für die monatlichen Sozialhilferegelsätze zum 1. Juli 1990 einen nur sehr unbefriedigenden Abschluß. Die Defizite des heutigen Bundessozialhilfegesetzes und die Prognosen hinsichtlich der zu-

POSITIONEN DER LAG

künftigen gesellschaftlichen Entwicklung machen deutlich, daß dem Problem der Armut langfristig nur durch Einführung einer sozialen Grundsicherung entgegengetreten werden kann.

Zur unmittelbaren Verbesserung der Lebenssituation der über 300.000 SozialhilfeempfängerInnen in Hessen fordern wir von der Hessischen Landesregierung:

- Eine deutliche Erhöhung der Regelsätze durch Orientierung am tatsächlichen Bedarf einkommensschwacher Personengruppen und nicht am Preisindex für die Lebenshaltung aller Haushalte;
- Die Gleichstellung der jungen Alleinstehenden bei der Regelsatzfestsetzung.

Vielerorts in Hessen haben sich Sozialhilfeberechtigte in Selbsthilfegruppen zusammengeschlossen. Nach dem Prinzip der "Hilfe zur Selbsthilfe" leisten diese Sozialhilfeinitiativen wertvolle Arbeit zur Aufhebung der individuellen Isolation sowie zur Vertretung der Interessen der Sozialhilfeberechtigten in der Öffentlichkeit. Ferner gewähren sie Ratsuchenden Hilfe und Unterstützung bei Behördengängen sowie bei der Bewältigung persönlicher Probleme in vielfältigen Lebensbereichen. Auf Dauer sind dem persönlichen Engagement der Betroffenen jedoch finanzielle wie organisatorische Grenzen gesetzt. Daher fordern wir:

- Die Bereitstellung von Landesmitteln in Höhe von zunächst 500.000,-- DM pro Jahr zur finanziellen Unterstützung der Arbeit der Sozialhilfeinitiativen und Schutz der Aktivitäten dieser Gruppen vor Anzeigen wegen Verstoß gegen das Rechtsberatungsgesetz;
- Zur Vertretung der Belange der Sozialhilfeberechtigten auf überörtlicher Ebene fordern wir als Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. zwei Sitze im Landesbeirat für Sozialhilfe, wovon wir mindestens einen, Sozialhilfeberechtigten zur Verfügung stellen werden.

Außerdem fordern wir:

- Wirksamere Wahrnehmung der Kontrollmöglichkeiten des Hessischen Sozialministeriums hinsichtlich der örtlichen Sozialhilfegewährungspraxis. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung könnte die Bestellung eines Sozialhilfebeauftragten beim Land sein;
- Eine jährliche Berichterstattung über Ausmaß und Umfang der Armut in Hessen;
- Die Gleichbehandlung aller Sozialhilfeberechtigten, auch der Asylsuchenden;
- Initiativen der Hessischen Landesregierung im Bundesrat mit dem Ziel der Nichtanrechnung des Kindergeldes auf die Sozialhilfe.

IV. Ausbau der Bildungs- und Beratungsarbeit und der Förderung von Selbsthilfeinitiativen in Sozialen Brennpunkten

In den Sozialen Brennpunkten wurde unter dem Dach der Gemeinwesenarbeit ein breit gefächertes Erziehungs-, Beratungs- und Bildungsangebot aufgebaut, das zur umfassenden Bekämpfung der Armut benötigt wird. Es reicht von der Krabbelstube bzw. Mutter-Kind-Gruppe über die Kinder-, Jugend-, Erwachsenen- und insbesondere Frauenarbeit bis hin zu speziellen Angeboten für Senioren. Diese breite Angebotspalette muß erhalten, und wo nötig - vor allem in neu entstandenen Problembereichen - weiter ausgebaut werden.

a) Gemeinwesenarbeit und dezentrale Beratungsdienste

Die Arbeit in diesem Bereich wird seit Jahren durch den Hessischen Sozialminister gefördert. Um die zu erwartenden Kostensteigerungen und den nötigen Ausbau dieser Arbeit finanzieren zu können, ist es notwendig:

- Die im Landeshaushalt zur Verfügung gestellten Gelder zur "Betreuung von Obdachlosen, Nichtseßhaften und sonstigen Randgruppen" um jährlich 500.000 DM zu erhöhen;
- Finanzmittel als Zuschüsse für "dezentrale Beratungsdienste und stadtteilbezogene gemeinwesenorientierte Sozialarbeit" in Höhe von jährlich 1,5 Mio. DM neu in den Landeshaushalt einzustellen.

b) Spiel- und Lernstuben-Arbeit

Die vom Landesjugendamt Hessen bereitgestellten Gelder zur Förderung von Spiel- und Lernstuben in Sozialen Brennpunkten sollten wegen des durch neue Einrichtungen stark gestiegenen Finanzierungsbedarfs um mindestens 300.000 DM erhöht werden.

c) Jugend- und Jugendbildungsarbeit

Bei der offenen Jugendarbeit ist der Ausbau der vor Ort bestehenden Freizeit-, Bildungs- und Beratungseinrichtungen erforderlich. Arbeitsweltbezogene Hilfeangebote für Jugendliche sind weiterzuentwickeln und bedürfen verstärkter Förderung durch das Land.

Die erfolgreichen Modellprojekte

- "Rockmobil" - Mobile Musikschule für Jugendliche aus Sozialen Brennpunkten (Kassel, Gießen, Frankfurt)
- Sportorientierte Jugendsozialarbeit (Marburg)
- Berufsorientierung junger Mädchen aus Sozialen Brennpunkten und vergleichbaren Lebenslagen (Gießen)

müssen fortgeführt und ausgebaut werden.

d) Frauen

Die doppelte Benachteiligung von Mädchen und Frauen aus Sozialen Brennpunkten aufgrund ihres Geschlechts und ihrer sozialen Lage erfordert besondere Maßnahmen. Um auch ihnen die volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, ist Beratungs- und Bildungsarbeit mit ihren vielfältigen Anstößen für die persönliche Weiterentwicklung unverzichtbar.

Bei der Hessischen Bevollmächtigten für Frauenangelegenheiten müssen deshalb 100.000 DM für die örtliche und überregionale Bildungsarbeit mit Mädchen und Frauen aus Sozialen Brennpunkten bereitgestellt werden. Wegen der materiellen Lage dieser Personengruppe müssen auch Fahrt- und Unterbringungskosten bei Veranstaltungen für diese Zielgruppe förderungsfähig sein.

Um die berufliche Wiedereingliederung von Frauen aus Sozialen Brennpunkten zu fördern und zu verstärken, sehen wir als vorrangige politische Aufgaben:

- Die Einrichtung von Sonderprogrammen zur beruflichen Wiedereingliederung von benachteiligten Frauen, die auch Teilzeitangebote beinhalten;
- Die Einrichtung regionaler Kontakt- und Beratungsstellen für erwerbslose Frauen;
- Die Sicherstellung der Kinderbetreuung für den vorschulischen und den schulischen Bereich mit an den Bedürfnissen der Mütter orientierten Öffnungszeiten und ausreichender Personalausstattung.

e) Gemeinschaftseinrichtungen

In vielen Sozialen Brennpunkten besteht nach wie vor ein Bedarf an sozialen Infrastruktureinrichtungen. Dem ist durch die Erhöhung der Landesmittel um 1,5 Mio. DM für den Bau von Gemeinschaftszentren in diesen Gebieten Rechnung zu tragen. Die neu geschaffenen Einrichtungen sollten sich in ihrer Ausstattung an Regeleinrichtungen orientieren und insbesondere die Weiterentwicklung von Kinderbetreuungsangeboten als Teil der sozialen und regionalen Infrastrukturversorgung berücksichtigen. Mischfinanzierungen multifunktionaler Gemeinschaftszentren (Sozialstation, Kindertagesstätte, Bürgerhaus, Einkaufszentrum, Ärztehaus usw.) sollten möglich sein.

Erstmals über 300 000 Sozialhilfe-Empfänger

WIESBADEN. In Hessen haben im vergangenen Jahr rund 308 000 Menschen Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz bezogen. Die Zahl der Sozialhilfe-Empfänger ist damit nach Mitteilung des Statistischen Landesamts in Wiesbaden im Vergleich zum vorangegangenen Jahr um etwa 10 000 oder 3,5 Prozent gestiegen.

Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten im vergangenen Jahr rund 234 000 Einwohner, und rund 103 000 anderen wurde Hilfe in besonderen Lebenslagen gewährt. Etwa 30 000 Sozialhilfe-Empfänger waren auf beide Hilfsarten angewiesen, wie das Landesamt berichtete.

Die Zahl der Sozialhilfe-Empfänger in Hessen hat sich nach seinen Angaben innerhalb von zehn Jahren um 120 000 oder etwa 64 Prozent erhöht.
Frankfurter Rundschau
25.7.90

Offensive gegen Armut in Hessen gefordert

FRANKFURT (lhe) — Eine Offensive gegen Armut in Hessen hat der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte, Fritz, gefordert. Angesichts von 300 000 Sozialhilfebeziehern, 30 000 Langzeitarbeitslosen und der Wohnungsnot konstatierte Fritz in einer Mitteilung seiner Organisation in Frankfurt einen „dringenden politischen Handlungsbedarf“.

Fritz forderte von der Landesregierung, sie solle ihren Handlungsspielraum bei der Festsetzung der Sozialhilfe ausschöpfen und lokale Beschäftigungsinitiativen mit zehn Millionen Mark fördern. Außerdem müsse mit wohnungspolitischen Maßnahmen verhindert werden, daß noch mehr Wohnungslose in Containern untergebracht werden.

(Wiesbadener Tagblatt,
4.9.1990)

Empfehlung des Hess. Sozialministers zur Hausbrandbeihilfe 1990/91 ("Kohlengeld")
624,-- DM für Haushalte bis 2 Personen,
794,-- DM für Haushalte ab 3 Personen.

Wichtig: Wer im Oktober nicht das "Kohlengeld" beantragt, bekommt einen Monat (= 1/6 des Betrages) abgezogen!

Wichtig: Das "Kohlengeld" steht auch Haushalten zu, die mit ihrem Einkommen nur knapp über der Sozialhilfe liegen!

STRUKTURUNTERSUCHUNG ZUM ZUSAMMENHANG VON ARBEITSLOSIGKEIT UND SOZIALHILFE IM SOZIALAMT OFFENBACH

Eine breit angelegte Untersuchung wird vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit und dem Deutschen Städtetag in ausgewählten Städten und Landkreisen der BRD durchgeführt. Diese Untersuchung fand auch in Offenbach statt und wird anonym ausgewertet. Wir sind gespannt auf die Ergebnisse.

Beamter stellt sich

Viertelmillion Sozialhilfe kassiert?

Recklinghausen (Inw). Der 35 Jahre alter Sachbearbeiter des Sozialamtes der Stadt Recklinghausen, der mindestens - wie berichtet - 250 000 Mark Sozialhilfe in die eigene Tasche gesteckt haben soll, hat sich selbst gestellt. Wie Stadtverwaltung und Polizei gestern bestätigten, erschien er am Montag mit einem Anwalt bei der Kripo. Über das Ergebnis der noch andauernden Verhandlungen wurde nichts mitgeteilt. Ein Haftbefehl ist bisher nicht erlassen worden.

WESTFÄLISCHE NACHRICHTEN
VOM 1. AUGUST 1990

Die Fußballgruppe im Bewohnerzentrum Starckenburgring in Dietzenbach (13 - 17 Jahre) sucht Spielpartner im Rhein-Main-Gebiet und darüber hinaus. Einladungen zu Turnieren werden ebenfalls dankbar entgegen genommen.

Kontakt: Bewohnerzentrum Starckenburgring, Bernhard Kressin
Starckenburgring 114 - 118
6057 Dietzenbach
Tel. 06074/27845 o. 27854



Nicht sein kann, was nicht sein darf...
aus: Parität aktuell 1/90

TERMINE

Oktober 1990

- 02.10. Fachgruppe GeschäftsführerInnen, Frankfurt
 04.10./05.10. Bewerbungstraining für TeilnehmerInnen in
 Ausbildungs- u. Beschäftigungsprojekten, Dorfweil
 05.10.-07.10. ROCKMOBIL-Mitte: Treff '90, Dörnberg
 12.10.-14.10. Wochenendseminar der hess. Sozialhilfeinitiativen, Mauloff
 13.10. AK Sozialarbeiterinnen in der Frauenarbeit, Frankfurt
 13.10. ROCKMOBIL-Frankfurt: Party '90, JUZ-Bornheim
 15.10.-19.10. Frauen-Kulturtagung "Frauenalltag, früher, heute und
 morgen", Mauloff
 15.10.-19.10. Bildungsurlaub für Beschäftigte in "Hilfe-zur-Arbeit"-
 Projekten in Offenbach
 23.10. Kassel-Konferenz, Kassel, 14.00 Uhr
 24.10. Regionaltreffen SÜD, Frankfurt-Fechenheim, 19.30 Uhr
 24.10. Regionaltreffen MITTE, Marburg, 19.30 Uhr
 25.10. Fachgruppe GeschäftsführerInnen, Frankfurt
 29.10. Regionaltreffen SÜD-WEST, Wiesbaden, 19.30 Uhr
 30.10. Forum GWA: Zusammenarbeit zwischen LAG und Projekten/
 BewohnerInnen, Frankfurt, 13.00 Uhr

November 1990

- 02./03.11. BAG Soziale Brennpunkte, Marktbreit
 02.-04.11. Fortbildung für AusbilderInnen, LehrerInnen und
 SozialpädagogenInnen im Ausbildungszusammenhang, Dorfweil
 04.11. 6. KITA-Tag, Frankfurt
 05.11.-07.11. Jugendarbeit: Tagung '90, Dörnberg
 08.11. Fachtagung: Kinder-, Jugend- und Erwachsenenarbeit in
 Sozialen Brennpunkten in Frankfurt, Frankfurt
 09.11. AG Sozialhilfe, Offenbach, 10.00 Uhr
 09.11. 10 Jahre Sozialhilfeverein Offenbach, Offenbach, 14.00 Uhr
 16.11./17.11. "Grundsätze zur Verbesserung der Lage Obdachloser in
 Hessen" (Obdachlosen-Erlaß), Gelnhausen
 16.11.-18.11. ROCKMOBIL/OFF-Rock Offenbach: Wochenendseminar, Elsaß
 20.11. Jugendarbeit: Fortbildung, Dietzenbach,
 21.11. Mitgliederversammlung/Aktionstag, Wiesbaden-Schelmengraben

Dezember 1990

- 06.12. AG Jugend
 08.12. AG Sozialhilfe, Raunheim, 14.00 Uhr
 10.12./11.12. Auswertung der Ausbildungs- u. Beschäftigungsprojekte,
 Dorfweil

